

## **Israel und der arabisch-israelische Konflikt: Ein kurzer Leitfaden für Ratlose - von David A. Harris**

October 11, 2001 - Nun, da das ganze Ausmaß der schrecklichen Ereignisse des 11. Septembers allmählich begreifbar wird und die von den USA angeführte Anti-Terror-Koalition mit vielschichtigen Maßnahmen auf militärischer, diplomatischer und ökonomischer Ebene reagiert, richtet sich das Augenmerk wieder verstärkt auf den Nahen Osten – in den Medien, an den Universitäten und auch anderenorts. Leider stützen sich viele Kommentare und Erklärungen des Konflikts auf Fehlinformationen und vernachlässigen den historischen Kontext.

Dieses Thesenpapier soll einige wichtige Perspektiven und Argumente, sowohl historischer als auch zeitgenössischer Art, zusammenfassen. Selbstverständlich beansprucht es nicht, eine umfassende Darstellung des Themas zu liefern.

Die Argumente, die für Israel sprechen, sind heute so stark wie eh und je.

In der Diskussion um Israel sollte man in jedem Fall die folgenden Eckpunkte bedenken:

a) dass Israel seit 53 Jahren auf der Suche nach dauerhaftem Frieden und Sicherheit ist; b) dass Israel, ein winziges Land von der Größe eines Drittels der Schweiz ist, und inmitten einer feindlichen, waffenstarrten Umgebung sehr realen Gefahren ausgesetzt ist; c) dass Israel unbeirrbar für Demokratie und demokratische Werte eintritt; d) dass Extremismus und Fanatismus die gemeinsamen Feinde Israels und aller demokratischer Staaten sind und, e) dass Israel im Bereich der Wissenschaften, der Medizin, der Technologieentwicklung, der Landwirtschaft und im kulturellen Leben einen bedeutenden Beitrag zur Weltkultur geleistet hat, der umso bemerkenswerter ist, wenn man bedenkt, wie jung das Land ist, und wie immens seine Aufwendungen für militärische Verteidigung sind.

Keine Nation kann sich in Bezug auf seine Geschichte einer absolut reinen Weste rühmen, und Israel hat wie andere Demokratien auch Fehler gemacht. Solche Fehler einzugestehen ist eine Stärke dieses Landes, keine Schwäche. Und wenn es darum geht, jene Werte hochzuhalten, die der demokratischen Welt am Herzen liegen, braucht Israel den Vergleich mit anderen Ländern der Region und weit über sie hinaus nicht zu scheuen.

Israel kann stolz auf seine Geschichte sein und seine Freunde in aller Welt sollten nicht zögern, dies laut zu verkünden. Diese Geschichte begann lange vor der Errichtung des modernen Staates im Jahr 1948.

Die Verbundenheit des jüdischen Volkes mit dem Land Israel ist unabänderlich und unverbrüchlich.

Sie existiert bereits seit viertausend Jahren. Dies belegt vor allem die Hebräische Bibel. Die fünf Bücher Mose, von der Genesis bis zum Deuteronomium, bilden die ersten fünf Bücher der Bibel. Hier wird die Geschichte Abrahams erzählt und von seinem Bund mit dem Einzigen Gott. Es wird von dem Auszug aus Ur (im heutigen Irak) nach Kanaan berichtet, der Region, die in etwa dem Gebiet des heutigen Israels entspricht. Beweis für die genannte Verbundenheit ist darüberhinaus jedes jüdische Gebetsbuch, wie es überall in der Welt

benutzt wird. Die liturgischen Erwähnungen Zions, des Landes Israel, sind schier endlos.

Das Gleiche gilt für die Verbundenheit des jüdischen Volkes mit Jerusalem

Sie datiert bereits aus der Regierungszeit König Davids, der vor ungefähr 3000 Jahren lebte und Jerusalem als Hauptstadt Israels gründete. Seither ist Jerusalem nicht nur das geographische Zentrum des Judentums, sondern auch das geistige und metaphysische Herz unseres Glaubens und unserer Identität. Die Beziehung zwischen Jerusalem und dem jüdischen Volk ist wahrlich einmalig in den Annalen der Geschichte.

In Jerusalem standen zwei Tempel – der erste wurde von König Salomon um 1000 v.Chr. errichtet und 568 v.Chr., während der babylonischen Eroberung, zerstört; der zweite wurde kaum ein knappes Jahrhundert später erbaut, von König Herodes neu ausgestaltet und 70 v.Chr. von römischen Truppen verwüstet.

Schon in den Psalmen heißt es: „Vergesse ich dein, O Jerusalem, lass’ meine rechte Hand verdorren; meine Zunge soll an meinem Gaumen kleben, wenn ich deiner nicht gedenke, wenn ich Jerusalem nicht gedenke, selbst in meiner glücklichsten Stunde.“

Obgleich die Juden seit nahezu 1900 Jahren mit Gewalt in alle Welt zerstreut wurden, blieb ihre Sehnsucht nach Zion und Jerusalem stets am Leben.

Diese Sehnsucht manifestierte sich nicht nur im Gebet, sondern es gab immer Juden, die im Lande Israel und besonders in Jerusalem, lebten. In der Tat stellen sie seit dem 19. Jahrhundert die Bevölkerungsmehrheit dieser Stadt. So weist z. B. das Lexikon Political Dictionary of the State of Israel darauf hin, dass 1892 die Juden 61.9 % der Bevölkerung Jerusalems stellten.

Diese historische und religiöse Verbundenheit mit Jerusalem ist für uns besonders deshalb so wichtig, weil einige arabische Wissenschaftler und Publizisten sich bemühen, die Geschichte umzuschreiben. Sie versuchen zu belegen, dass die Juden in dieser Region eigentlich nichts weiter als „fremde Besatzer“ oder „Kolonisten“ sind, die keine echte Bindung an das Land haben. Solche Versuche, Israels rechtmäßigen Anspruch zu leugnen, sind falsch und müssen als die Lügen gebrandmarkt werden, die sie nun einmal sind.

Für das jüdische Volk ist der Zionismus ein Streben nach nationaler Selbstbestimmung.

Obgleich die Sehnsucht nach einer Heimat für alle Juden einem Jahrtausende alten Verlangen entspringt, das schon in klassischen jüdischen Texten beredten Ausdruck fand, hat dieser Wunsch doch auch einen Grund in der aktuellen Realität.

Theodor Herzl war ein weltlicher Jude, ein Wiener Journalist, und wird als der Vater des modernen Zionismus bezeichnet. Herzl war, angesichts der Tatsache, dass Frankreich damals das erste europäische Land war, das den Juden die vollen Bürgerrechte garantiert hatte, entsetzt über den aggressiven Antisemitismus, der in der berühmten Dreyfuss-Affaire in Frankreich zum Ausdruck kam. Daraufhin gelangte er zu dem unausweichlichen Schluss, dass die Juden – als Minderheit in den europäischen Gesellschaften – sich niemals absoluter Gleichheit würden erfreuen können, weil das traurige Erbe eines Jahrhunderte alten Antisemitismus dort viel zu tief verwurzelt sei. Er rief zur Gründung eines Judenstaates auf, den er in seinem 1902 erschienen, aufsehenerregenden Werk Altneuland skizzierte.

Herzls Vision wurde vom britischen Außenminister, Lord Balfour, nachdrücklich unterstützt, als er in einer Rede am 2. November 1917 folgendes sagte: „Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Gründung einer nationalen Heimat für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird alle Anstrengungen unternehmen, die Erreichung dieses Ziels zu fördern, wobei es klar sein muss, dass nichts getan werden darf, was die bürgerlichen oder religiösen Rechte der nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina hintanstellt oder den rechtlichen und politischen Status verändert, den die Juden in anderen Ländern innehaben.“

Als der Völkerbund 1922 Großbritannien mit dem Mandat über Palästina betraute, erkannte er zugleich die „historische Beziehung des jüdischen Volkes zu Palästina“ an.

Hitlers Machtübernahme und die nationalsozialistische „Endlösung“, die von Deutschland und seinen Verbündeten betrieben, und durch weitverbreitete Komplizenschaft anderer Nationen, sowie deren Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden, erleichtert wurde, offenbarte in tragischem Ausmaß die Unabdingbarkeit der Errichtung eines Jüdischen Staates.

Nur in einem eigenen Staat, so glaubte die zionistische Bewegung, wären Juden nicht mehr auf „den guten Willen“ anderer angewiesen. Alle Juden, die entweder vor der Verfolgung fliehen oder ihre „Sehnsucht nach Zion“ stillen wollten, wären in einem solchen Staat höchst willkommen. Und in der Tat war es besonders der letzte Punkt, der die Hoffnung und die Vorstellungskraft vieler belebte, die sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert aus idealistischer Überzeugung in einem nicht industrialisierten Palästina niederließen. Sie waren es, die die Grundfesten für den modernen Staat Israel legten.

Israels Gegner verdrehen bis heute den Begriff Zionismus. Sie stellen ihn als eine Art dämonische Vision dar, um damit Israels Existenzberechtigung in Frage zu stellen und den Staat in der Weltgemeinschaft zu isolieren.

Dies passierte 1975, als die UNO gegen schwere Einwände vieler demokratischer Länder (unter anderem England, Frankreich, West-Deutschland und Canada) eine Resolution annahm, in der Zionismus mit „Rassismus“ gleichgesetzt wurde. Diese Resolution wurde 1991 von der UNO aufgehoben, tauchte aber kürzlich wieder auf, und zwar ausgerechnet auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban, Südafrika. Dem arabischen Block gelang es allerdings auch bei diesem jüngsten Versuch nicht, eine Verurteilung des Zionismus in den Konferenzdokumenten festzuhalten. Diesmal hatten viele Nationen begriffen, dass der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ein politischer und kein rassistischer ist - und immer schon war.

An dieser Stelle sei an die Rede Martin Luther Kings Jr. über den Anti-Zionismus erinnert: „Und was ist Anti-Zionismus? Es ist die Verweigerung jener fundamentalen Rechte gegenüber den Juden, die wir mit Recht für die Völker Afrikas einfordern und allen Stämmen und Nationen weltweit gerne zubilligen. Es ist Diskriminierung von Juden, mein Freund, weil sie Juden sind. Kurzum, das ist Antisemitismus . . . Lasst meine Worte in der Tiefe Eurer Seele nachklingen: Wenn Menschen den Zionismus kritisieren, meinen sie damit die Juden – da sollte niemand sich etwas vormachen.“

Es ist wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Nicht-Juden keineswegs vom Staatenbildungsprozeß Israels ausgeschlossen waren. Im Gegenteil, heute sind ein Fünftel aller israelischen Bürger Nicht-Juden, darunter eine Million Araber und Arabisch ist eine der offiziellen Landessprachen.

Darüber hinaus weist Israels jüdische Bevölkerung eine enorme Diversität hinsichtlich ihrer nationalen, kulturellen und sprachlichen Herkunft auf. Diese Tendenz verstärkte sich noch in den 80er Jahren, als Israel Zehntausende von schwarzen Juden, die davon träumten, in Israel eine neue Heimat zu finden, aus dem von Dürre heimgesuchten Äthiopien rettete. Damals fasste Julius Chambers, Generaldirektor der Stiftung für Rechtsvertretung und Bildungsfragen der NAACP (Nationale Assoziation zur Förderung Schwarzer Amerikaner) die Situation klar und deutlich zusammen. Hier sei auch an seine Rede erinnert: „Wären die Opfer der äthiopischen Hungersnot weiß gewesen, hätten zahllose Nationen ihnen Asyl geboten. Doch die Menschen, die jeden Tag in Äthiopien und im Sudan verhungern, sind schwarz, und in einer Welt, in der Rassismus offiziell von jeder rechtmäßigen Regierung verpönt wird, gab es nur eine nicht-afrikanische Nation, die ihnen die Grenzen und die Arme öffnete. Diese stille humanitäre Aktion des Staates Israel, eine Rettungsaktion, die völlig ohne Ansehen der Hautfarbe der Geretteten durchgeführt wurde, sollte den Rassismusbewertung stärker widerlegen als alle Reden und Resolutionen.“

Der arabisch-israelische Konflikt war vermeidbar.

Kurz nach ihrer Gründung im Jahre 1945 richteten die Vereinten Nationen ihr Augenmerk auf die Zukunft des Mandatsgebiets Palästina, das damals noch unter britischer Herrschaft stand. Eine UNO-Kommission (UNOSCO: Sonderkomitee der Vereinten Nationen zu Palästina) empfahl der Generalversammlung die Aufteilung des Gebietes zwischen Juden und Arabern. Keine der beiden Seiten hätte damit ihre territorialen Vorstellungen verwirklichen können, doch die Teilung sollte anerkennen, dass es in diesem Land zwei Völker gab – das eine jüdisch, das andere arabisch. Beide hatten ihren eigenen Staat verdient.

Am 29. November 1947 nahm die Generalversammlung der UNO die Resolution 181, auch als „Teilungsplan“ bekannt, an. Sie wurde mit 33 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

Die Ratifizierung des Teilungsplans hätte die Etablierung von zwei Staaten zur Folge gehabt, doch die arabischen Staaten und die arabische Bevölkerung wiesen diesen Plan vehement zurück. Sie weigerten sich, einen jüdischen Anspruch auf irgendeinen Teil Palästinas anzuerkennen, und entschlossen sich zum Krieg, um ihre Ziele durchzusetzen.

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel gegründet. Winston Churchill formulierte es damals folgendermaßen: „Die Entstehung eines jüdischen Staates . . . ist ein Ereignis der Weltgeschichte, das man nicht aus der Perspektive einer Generation oder eines Jahrhunderts, sondern aus der Perspektive von tausend, zweitausend oder vielleicht gar dreitausend Jahren sehen muss.“

Jahre später formulierte Präsident John F. Kennedy seine Ansichten über Israel wie folgt: „Israel wurde nicht erschaffen, um wieder zu verschwinden – Israel wird Bestand haben und erblühen. Es ist das Kind der Hoffnung und die Heimat der Mutigen. Es kann weder von Not und Unglück gebrochen noch vom Erfolg sittlich verderbt werden. Es trägt das Wappen der Demokratie und ehrt das Schwert der Freiheit.“

In Israels Erklärung zur Staatsgründung heißt es: „Wir reichen all unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand und bieten ihnen Frieden und gute Nachbarschaft an. Wir rufen sie auf, Bande der Kooperation und der gegenseitigen Hilfe mit dem souveränen Volk der Juden in seinem eigenen Land zu knüpfen.“

Es ist eine Tragödie, dass dieses Angebot ignoriert wurde.

Am 15. Mai 1948 griffen die Armeen Ägyptens, Iraks, Jordaniens, des Libanon und Syriens den jungen jüdischen Staat an, um ihn zu zerstören.

In diesem von den Arabern begonnenen Krieg wurde die Zivilbevölkerung, wie in jedem Krieg, in Mitleidenschaft gezogen. Bis heute herrschen Meinungsverschiedenheiten darüber, wie viele Araber aus Israel flohen, weil ihre Anführer sie dazu aufriefen oder sie bedrohten, wenn sie dem Aufruf nicht folgten, wie viele schlicht vor dem Krieg flüchteten und wie viele von der israelischen Armee vertrieben wurden. Doch am Wichtigsten ist, dass Hunderttausende von Arabern in Israel blieben und Bürger dieses Staates wurden.

Der zentrale Punkt, der nicht übersehen werden darf, ist und bleibt jedoch, dass arabische Länder den Krieg begannen, um die 650.000 Juden im neuen Staat Israel zu vernichten, und dass sie damit den UNO-Plan unterliefen, der die Gründung von zwei Staaten, einem jüdischen und einem arabischen, vorsah.

Der arabisch-israelische Konflikt hat eine ähnliche Zahl an Flüchtlingen auf beiden Seiten geschaffen.

Während die Augen der Welt sich auf die palästinensischen Flüchtlinge richteten, blieb das furchtbare Los der Juden in arabischen Ländern, von denen Hunderttausende ebenfalls zu Flüchtlingen wurden, weitgehend unbeachtet. Viele Experten hingegen halten die Größe beider Gruppen für nahezu vergleichbar. Doch ein profunder Unterschied wurde damals offenbar – Israel hat sofort die jüdischen Flüchtlinge aufgenommen und integriert, während die palästinensischen Flüchtlinge bewusst von der arabischen Politik und unter Mitwisserschaft der UNO in Flüchtlingslagern untergebracht und dort festgehalten wurden.

Weltweit gibt es heute keine vergleichbare Situation, in der eine Gruppe von Flüchtlingen derart zynisch instrumentalisiert und ausgebeutet wird.

Bis jetzt hat sich erst ein einziges arabisches Land – Jordanien – bereit erklärt, den palästinensischen Flüchtlingen Bürgerrechte zu geben.

Die anderen 21 arabischen Länder, die nicht nur über riesige Territorien verfügen, sondern auch mit den Palästinensern eine gemeinsame Sprache, Religion und ethnischen Zugehörigkeit teilen, weigern sich bisher, ähnliches zu tun. Warum? Bedauerlicherweise haben sie anscheinend keinerlei Interesse daran, die Lebensumstände der Flüchtlinge, die oft seit zwei oder drei Generationen, in heruntergekommenen Lagern leben müssen, zu verbessern. Sie ziehen es vor, diese Leute zum Hass auf Israel zu erziehen und als Hauptwaffe im Kampf gegen Israel einzusetzen.

Um ein Gefühl dafür zu vermitteln, wie die Palästinenser in der arabischen Welt behandelt werden, sei erwähnt, dass Kuwait mehr als 300.000 Palästinenser, die dort arbeiteten (aber nie einen kuwaitischen Pass erhielten), des Landes verwies, als Yassir Arafat während des Golfkrieges Unterstützung für den Irak äußerte. Sie wurden sofort als mögliche fünfte Kolonne verdächtigt. Von den anderen arabischen Ländern war kein oder nur schwacher Protest zu vernehmen, als die Vertreibung dieser ganzen Gruppe von Palästinensern von statten ging.

Leider wird nur selten über die Geschichte der aus arabischen Ländern vertriebenen Juden gesprochen.

Bringt man die aus arabischen Ländern vertriebenen Juden zur Sprache, wird von arabischer Seite häufig Uninformiertheit vorgetäuscht, oder es wird behauptet, die Juden hätten unter muslimischer Herrschaft sehr gut gelebt (im Gegensatz zu den Juden im christlichen Europa). Manchmal wird auch scheinheilig argumentiert, Araber könnten per definitionem keine Antisemiten sein, weil sie selbst, wie die Juden, Semiten seien.

Es trifft zweifellos zu, dass Juden in muslimischen Ländern keine dem Holocaust vergleichbaren Erfahrungen machen mussten und, dass es immer wieder Perioden der Kooperation und Harmonie gab, doch damit ist die Geschichte nicht vollständig erfasst. Juden haben in islamischen Ländern nur sehr selten wirklich die gleichen Rechte gehabt wie Muslime; meistens mussten sie sich eindeutig definierten Verhaltensregeln für Juden als zweitklassige Bürger beugen. In der Welt des Islam war Gewalt gegen Juden keineswegs unbekannt.

Um nur ein Beispiel anzuführen: Juden lebten seit der Zeit der Phönizier ununterbrochen in Libyen - also genau genommen sehr viele Jahrhunderte früher, als die Araber, die von der arabischen Halbinsel aus den Islam in Nordafrika verbreiteten und sich dort ansiedelten – das Land besetzten? –, das übrigens unter anderem bereits von Berbern bewohnt war.

Die große Mehrheit der 40.000 Juden Libyens verließ das Land zwischen 1948 und 1951 aufgrund der Pogrome von 1945 und 1948. 1951 wurde Libyen unabhängig. Trotz der Verfassungsgarantien wurden den Juden, die im Land verblieben, das Wahlrecht, öffentliche Ämter, der libysche Pass, die Selbstverwaltung ihrer Gemeinden und der Erwerb von Grundstücken verwehrt. 1971, nach einem dritten Pogrom, flohen auch die letzten der 4.000 verbliebenen Juden aus Libyen; sie durften einen Koffer und Bargeld im Wert von 50 Dollar mitnehmen. 1970 verkündete die libysche Regierung eine Reihe von Gesetzen zur Konfiszierung des Vermögens exilierter libyscher Juden und legte eine Staatsanleihe auf, die innerhalb von 15 Jahren einen fairen Lastenausgleich finanzieren sollte. Doch 1985 kam und ging, ohne dass Ausgleichszahlungen erfolgten.

Zur gleichen Zeit ließ die Regierung, als Teil einer gezielten Kampagne, mit der auch die letzten Spuren der historischen Präsenz der Juden in diesem Land getilgt werden sollten, jüdische Friedhöfe zerstören und mit den Grabsteinen neue Straßen pflastern.

1948, im Jahr der Staatsgründung Israels, lebten schätzungsweise 754.000 Juden in arabischen Ländern; heute hingegen sind es weniger als 8.000, von denen der Großteil in Marokko und Tunesien lebt.

Wo war das Mitgefühl der Araber für die palästinensische Bevölkerung von 1948 bis 1967?

Als Israels Unabhängigkeitskrieg durch ein Waffenstillstandsabkommen beendet wurde, befand sich der Gazastreifen in den Händen Ägyptens. Statt der örtlichen arabischen Bevölkerung und den palästinensischen Flüchtlingen, die sich dort niedergelassen hatten, die Autonomie anzubieten, stellte die ägyptische Regierung das Land unter Militärrherrschaft. Die Westbank und der Ostteil Jerusalems befanden sich gleichzeitig unter jordanischer Herrschaft. Auch hier bestand nirgends der geringste Ansatz zur Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staats; im Gegenteil, Jordanien annektierte das Gebiet. Dieser Schritt wurde weltweit nur von zwei Ländern anerkannt: Großbritannien und Pakistan.

In dieser Zeit, genauer gesagt 1964, wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet. Ihr Ziel war nicht die Bildung eines eigenen Staates auf den Territorien Ägyptens und Jordaniens, sondern die Vernichtung Israels und Gründung eines arabisch-palästinensischen Staates in ganz Palästina.

Artikel 15 der PLO-Gründungsurkunde bezieht sich eindeutig auf dieses Ziel: „Die Befreiung Palästinas ist, vom arabischen Standpunkt aus gesehen, die nationale Pflicht, die zionistische und imperialistische Invasion unseres großen arabischen Heimatlandes abzuwehren und die Präsenz des Zionismus in Palästina auszumerzen.“

In den folgenden Jahren forderte der von der PLO finanzierte und vor allem gegen israelische, amerikanische, europäische und jüdische Ziele gerichtete Terrorismus seinen schrecklichen Blutzoll.

Wie kam Israel in den Besitz der Westbank, der Golanhöhen, des Gaza-Streifens, des Sinai und der östlichen Hälfte Jerusalems mitsamt ihrer Altstadt?

Heute sprechen manche reflexartig von den „besetzten Gebieten“, ohne je die Frage zu stellen, wie sie 1967 in die Hände Israels fielen. Und wieder einmal gibt es Stimmen in der arabischen Welt, die die Geschichte umschreiben möchten und Israel expansionistische Motive unterstellen, doch die Tatsachen sprechen für sich. Hier nun eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse, die zum Sechs-Tage-Krieg führten: Am 16. Mai 1967 verkündete Radio Kairo: „Die Existenz Israels währt bereits viel zu lange. Der Tag der Schlacht, in der wir Israel vernichten werden, ist gekommen.“ Am gleichen Tag verlangte Ägypten den Abzug der UNO-Truppen, die seit 1957 in Gaza und Sharm el-Sheikh stationiert waren. Drei Tage später gab die UNO bekannt, dass sie der Forderung Ägyptens nachkommen würde.

Am 19. Mai verkündete Radio Kairo: „Araber, dies ist unsere Chance, Israel den Todesstoß zu versetzen und es auszulöschen ...“

Am 23. Mai gab Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser seine Absicht bekannt, die Straße von Tirana für den israelischen Schiffsverkehr zu sperren und so Israels lebenswichtige Handelsroute nach Ostafrika und Asien abzuschneiden. Israel erwiderte, dass dies nach internationalem Recht ein casus belli, ein kriegerischer Akt sei.

Am 27. Mai verkündete Nasser: „Unserer Hauptziel wird die Zerstörung Israels sein.“

Am 30. Mai stellte König Hussein von Jordanien die jordanische Armee unter ägyptische Befehlsgewalt. Ägyptische, irakische und saudische Truppen wurden nach Jordanien entsandt.

Am 1. Juni verkündete das Staatsoberhaupt Iraks: „Wir stehen willig, entschlossen und vereint hinter unserem klaren Ziel, Israel von der Landkarte verschwinden zu lassen.“

Am 3. Juni pries Radio Kairo den bevorstehenden Heiligen Krieg der Muslime.

Am 5. Juni führte Israel, umgeben von arabischen Armeen, die jederzeit losschlagen konnten, einen Präventivschlag aus. Innerhalb von sechs Tagen besiegte Israel seine Gegner und nahm dabei Land an den ägyptischen, jordanischen und syrischen Fronten ein.

Israel hatte, über Verbindungen bei der UNO, große Anstrengungen unternommen, König Hussein davon zu überzeugen, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen. Anders als Ägypten und Syrien, deren Feindschaft gegenüber Israel damals unüberwindlich schien, kooperierte Jordanien in aller Stille mit Israel und teilte dessen Sorge über die aggressiven Absichten der Palästinenser. Jahre später gab König Hussein öffentlich zu, dass seine Entscheidung, 1967 dem Krieg beizutreten, in dessen Verlauf er die Territorialherrschaft über die Westbank und Ost-Jerusalem verlor, einer der größten Fehler gewesen sei, die er je begangen habe.

Eine weitere verpasste Gelegenheit, Frieden zu schließen

Kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg deutete Israel seine Bereitschaft an, Friedensverhandlungen mit seinen arabischen Nachbarn zu führen. Israel war zwar nicht bereit, die östliche Hälfte Jerusalems wieder aufzugeben, in der sich die heiligsten Stätten des Judentums befinden und zu denen – trotz der anderslautenden Regelung im israelisch-jordanischen Waffenstillstandsvertrag – fast neunzehn Jahren lang kein Israeli Zutritt hatte (während Jordanien Dutzende von Synagogen in der Altstadt schändete). Israel war aber sehr wohl gewillt, die eroberten Gebiete gegen einen umfassenden Friedensvertrag einzutauschen. Dieses Angebote wurden jedoch abgelehnt. Eine unmissverständliche Erwiderung kam aus Khartum, der Hauptstadt des Sudan, wo arabische Regierungsvertreter am 1. September eine Resolution verabschiedeten, in der sie die drei „Neins“ verkündeten: „Nein zum Frieden, Nein zur Anerkennung und Nein zu Verhandlungen“.

Im November 1967 verabschiedete der Sicherheitsrat der UNO die Resolution 242.

Aus dieser Resolution, die in Diskussionen um den arabisch-israelischen Konflikt oft als Grundlage einer möglichen Konfliktlösung auftaucht, wird allerdings nicht immer genau zitiert. Die Resolution betont „die Unzulässigkeit der Aneignung von Territorien durch kriegerische Handlungen und die Notwendigkeit, auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinzuarbeiten, in dem jeder [Hervorhebung d. Autors] Staat in der Region in Sicherheit leben kann“.

Darüber hinaus verlangt sie „den Rückzug der Israelischen Armee aus Gebieten, die während des letzten Konflikts besetzt wurden“, doch wurde bewusst das Wort „den“ vor „Gebieten“ weggelassen. Der damalige amerikanische Botschafter bei der UNO, Arthur Goldberg, wies darauf hin, dass dies bewusst geschah, um bei einer endgültigen Regelung noch nicht näher spezifizierte Grenzbereinigungen zu ermöglichen, die den israelischen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung tragen würden.

Die Resolution enthält außerdem die Forderung nach „Beendigung aller Gebietsforderungen und kriegerischer Zustände, nach Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unantastbarkeit und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region, sowie nach einem Leben in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen, frei von jeder Bedrohung oder Gewaltakten“.

Und nicht zuletzt betont sie „die weitere Notwendigkeit (a) einer Garantie des freien Schiffsverkehrs in den internationalen Gewässern der Region; (b) eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem zu finden und (c) einer Garantie der territorialen Unverletzbarkeit und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates der Region durch Maßnahmen, die auch entmilitarisierte Zonen einschließen“. Man beachte bei Punkt b) das Fehlen eines Hinweises darauf, um welches Flüchtlingsproblem es sich hierbei handelt, so dass hier mehrere Interpretationen möglich sind.

Am 22. Oktober 1973, während des Yom Kippur-Krieges, beschloss der Sicherheitsrat der UNO die Resolution 338, die eine Waffenruhe, die Umsetzung der Resolution 242 in all ihren Punkten sowie die Eröffnung von Verhandlungen zwischen allen beteiligten Parteien forderte. Die Resolutionen 242 und 338 werden meist gemeinsam angeführt, wenn es um arabisch-israelische Friedensgespräche geht.

Die Siedlungen sind eine strittige Frage.

Das ist zweifellos der Fall, doch wie bei fast allen Angelegenheiten in Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Konflikt steckt mehr dahinter, als auf den ersten Blick scheinen mag.

Nach dem Sieg Israels im Krieg von 1967 und als deutlich wurde, dass die Araber keinerlei Interesse an Friedensverhandlungen hatten, begann Israel unter einer Regierung der Arbeitspartei die Errichtung von Siedlungen oder neuen Gemeinden in den eroberten Gebieten zu fördern. Diese Praxis wurde nach 1977 unter den Likud-Regierungen noch verstärkt.

Wie immer man auch zu den Siedlungen stehen mag, wichtig ist, dass man versucht Israels Motive für diesen Schritt nachzuvollziehen: (a) Israel ging von der Annahme aus, dass das Gebiet umstritten war – sowohl Araber als auch Juden beanspruchten es. Da es dort keine eigenständige Staatsmacht gab, war Israel ebenso berechtigt, sich dort niederzulassen, wie die Palästinenser. (b) Auf der Westbank gab es schon lange vor 1948 jüdische Gemeinden, beispielsweise in Hebron und Gush Etzion, beides Orte, in denen Araber Massaker verübten, bei denen viel Juden den Tod fand. (c) Die Bibel bezeichnet die Westbank als Wiege der jüdischen Zivilisation, und manche Juden wollten aus historischen und Glaubensgründen diese Verbindung wiederherstellen. (d) Die israelische Regierung war der Ansicht, dass manche der Siedlungen aus Sicherheitsgründen nützlich seien könnten, und (e) Manche israelische Politiker glaubten, dass die Errichtung der Siedlungen Fakten schaffen würde, die die Bereitschaft der Palästinenser in Friedensverhandlungen einzutreten, deshalb beschleunigen könnte, weil sie erkennen mußten, dass die Zeit nicht für sie arbeite.

Heute sind die meisten Israelis der Meinung, dass ein Friedensabkommen mit den Palästinensern den Abbau vieler, wenn auch nicht aller, Siedlungen notwendig machen wird. Umfragen zeigen immer wieder, dass ein Großteil der Israelis bereit wäre dies im Kontext eines echten Friedensprozesses zu akzeptieren. Allerdings fürchten die Israelis auch, dass jeder einseitige Rückzug der Israelischen Armee von den Palästinensern und ihren arabischen Unterstützern als Zeichen der Schwäche statt als demokratische Stärke gedeutet werden würde, und somit weitere Gewalt herausfordern könnte.

Im Rückblick scheint es, als sei genau dies eine der unbeabsichtigten Folgen des einseitigen Rückzugs Israels aus dem Südlibanon im Jahre 1999 gewesen: Er wurde als Schwäche gedeutet. Die israelischen Truppen waren nur aus einem einzigen Grund dort stationiert – nicht um das Land zu besetzen, sondern um eine Sicherheitszone aufrechtzuerhalten, die tödliche Terrorangriffe vom Libanon aus auf Dörfer und Städte im Norden Israels verhindern würde.

Die immer wiederkehrenden Angriffe der Hisbollah auf israelische Soldaten forderten jedoch ihren Tribut, und Premierminister Barak kam zu dem Schluss, dass die Vorteile für Israel diesen Preis nicht länger rechtfertigten. Er befahl den Rückzug der Truppen. Daraufhin

verkündete die Hisbollah ihren Sieg über die angeblich unschlagbare Israelische Armee (IDF), was offensichtlich die Palästinenser auf der Westbank und in Gaza ermutigt hat, zu glauben, sie könnten ebenfalls vollbringen, was noch keine arabische Armee seit der Gründung Israels 1948 vollbrachte: die IDF zu besiegen.

## Die Möglichkeiten eines Friedens

Im Jahre 1977 trat Menachem Begin, Israels erster Premierminister aus der Likud-Partei, sein Amt an. Das hinderte den Präsidenten Ägyptens, Anwar Sadat, nicht daran, noch im selben Jahr seine historische Reise nach Israel anzutreten und vor der Knesset, dem israelischen Parlament, zu sprechen. Ein außergewöhnlicher Friedensprozess setzte ein, mit all dem Auf und Ab, das schwierige Verhandlungen stets begleitet. Im September 1978 wurde das Friedensabkommen von Camp David vereinbart, das den Rahmenvertrag für eine umfassende Friedensregelung enthielt, darunter auch den Vorschlag für eine eingeschränkte Selbstverwaltung der Palästinenser. (Diesen Vorschlag wiesen die Palästinenser zurück.) Sechs Monate später wurde das Friedensabkommen unterzeichnet, und der 31 Jahre herrschende Kriegszustand zwischen Ägypten und Israel fand ein Ende.

Dies war ein bemerkenswerter historischer Augenblick. Sadat, der fast ein Leben lang zutiefst anti-israelisch und antisemitisch eingestellt war und auf dessen Initiative der Überraschungsangriff Ägyptens (gemeinsam mit Syrien) zurückging, der 1973 den Yom Kippur-Krieg auslöste, verbündete sich mit Begin, dem Parteivorsitzenden der wichtigsten rechten Partei Israels, um ein neues Kapitel in den arabisch-israelischen Beziehungen aufzuschlagen. Damit war der Beweis erbracht, dass mit gutem Willen, Mut und Phantasie zur Gestaltung der Zukunft alles möglich ist.

Infolgedessen brachen alle arabischen Länder, bis auf Sudan und Oman, ihre diplomatische Beziehungen mit Ägypten ab. Und 1981 wurde Sadat von einem Mitglied des ägyptischen islamischen Djihaad ermordet, der sich später Osama bin Laden und dessen al-Qaida-Netzwerk anschloss.

Israel seinerseits gab das riesige Gebiet Sinai auf (etwa 60 000 Quadratkilometer), das sich als wichtige strategische Pufferzone zwischen Israel und Ägypten erwiesen hatte. Damit gab Israel auch wertvolle Ölfelder auf, die es entdeckt hatte – ein großes Opfer für ein Land, das kaum über natürliche Ressourcen verfügt. Es schloss wichtige Militärflughäfen, die es dort errichtet hatte, und obwohl Menachem Begin die Siedlungspolitik bedingungslos unterstützte, wurden die Siedlungen auf dem Sinai geräumt.

Israel zeigte dadurch sehr deutlich seinen Willen, Frieden zu schaffen. Es demonstrierte seine Bereitschaft, substanzielle Risiken einzugehen und Opfer zu bringen, sowie seine eiserne Entschlossenheit, die Bedingungen des Friedensvertrags zu erfüllen.

Israel und Jordanien schloßen 1994 ein historisches Friedensabkommen.

Die Verhandlungen für dieses Abkommen verliefen sehr viel leichter als die mit Ägypten, da zwischen Israel und Jordanien bereits gute, wenn auch eher stille, Beziehungen bestanden, die sich vor allem an gemeinsamen nationalen Interessen gegenüber den Palästinensern orientierten. Und wieder bewies Israel seinen tiefen Wunsch nach Frieden und die Bereitschaft, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, um ihn zu verwirklichen, darunter auch die Bereitschaft, Grenzbereinigungen vorzunehmen und ein Abkommen über gemeinsame Wasserrechte zu unterzeichnen, die von Amman gefordert wurden.

Eine weitere Chance für Frieden wurde von den Palästinensern in den Jahren 2000 und 2001 verächtlich zurückgewiesen.

Als Ehud Barak 1999 sein Amt als Premierminister antrat, verkündete er ein ehrgeiziges Programm. Er erklärte, er werde die Politik seiner Vorgänger fortsetzen und versuchen, binnen dreizehn Monaten den historischen Konflikt mit den Palästinensern beizulegen. Er wollte vor allem auf dem Fortschritt der Madrider Konferenz von 1991 aufbauen, der durch das Osloer Abkommen von 1993 weiteren Antrieb erfahren hatte. Wie sich herausstellte, ging er in seiner Kompromissbereitschaft weit über das hinaus, was man in Israel für möglich gehalten hätte.

Mit der aktiven Unterstützung der US-Regierung unter Präsident Clinton brachte Barak den Friedensprozess so schnell und weit voran wie irgend möglich. Dabei betrat er hinsichtlich sensibler Themen wie des Status von Jerusalem absolutes Neuland, nur um einen Friedensvertrag zustande zu bringen. Dennoch war ihm und Clinton leider kein Erfolg gegönnt.

Arafat war noch nicht bereit, am Friedensprozess mitzuarbeiten und ihn umzusetzen.

Statt die Verhandlungen voranzutreiben, die zur Gründung des ersten palästinensischen Staats mit einer Hauptstadt in Ostjerusalem geführt hätten, verließ er den Verhandlungstisch. Zuvor hatte er den absurden Versuch unternommen, Präsident Clinton davon zu überzeugen, dass es keinerlei historischen Bezug zwischen den Juden und Jerusalem gäbe, und die Forderung nach einem sogenannten „Rückkehrrecht“ für palästinensische Flüchtlinge und all ihre Nachkommen erhoben, was wie eine Bombe einschlug. Mit Sicherheit war sich Arafat bewusst, dass diese Forderung zum sofortigen Abbruch der Verhandlungen führen musste, da keine israelische Regierung jemals zustimmen könnte, dass sich Millionen Palästinenser in Israel niederlassen und Israel als jüdischer Staat somit praktisch zerstört würde.

Tragischerweise erwies sich Arafat als nicht fähig oder willens, den Friedensprozess am Verhandlungstisch voranzutreiben. Statt dessen kehrte er zu einem bekannten Muster zurück: Gelegentlich über Frieden reden, und gleichzeitig zu Gewalt aufrufen.

Er wusste, dass Bilder in den Medien, die schwer bewaffnete israelische Truppen auf der einen und vermeintlich wehrlose Palästinenser oder gar deren Kinder, die zynischerweise in die Frontlinien geschickt werden, auf der anderen Seite zeigen, für ihn von Vorteil sein würden. Israel würde in der Rolle des Aggressors und Unterdrückers erscheinen, die Palästinenser dagegen als unterdrückte Opfer.

Er rechnete damit, dass es nicht lange dauern werde, bis die arabische Welt voller Zorn Israel öffentlich anprangerten, bis die blockfreien Länder sich dem pflichtbewusst anschließen und bis die Europäer den Israelis noch mehr Zugeständnisse abringen würden, um die Palästinenser zu beschwichtigen. Internationale Menschenrechtsgruppen würden Israel unverhältnismäßiges Vorgehen vorwerfen, und die Welt, die unter einem kurzen Gedächtnis leidet, würde vergessen, dass der Präsident der Palästinenser gerade erst die einmalige Chance zurückgewiesen hatte, Frieden zu schließen.

Darüber hinaus ging er wahrscheinlich davon aus, Washington werde eines Tages unter dem Druck Ägyptens und Saudi-Arabiens - zweier Ländern, die eine wichtige Rolle in der amerikanischen Außenpolitik spielen - eine härtere Linie gegenüber Israel einschlagen. Und

schließlich bestand auf lange Sicht die Möglichkeit, Israel, ein Land der Ersten Welt, werde allmählich des ewigen Kampfes und des täglichen Blutzolls unter Militärangehörigen und Zivilisten ebenso müde werden wie der ständigen psychischen Belastung, der Beeinträchtigung des Lebensmutes seiner Bevölkerung – von der ökonomischen Belastung ganz zu schweigen – sowie seiner möglicherweise zunehmenden internationalen Isolation.

Manche Medien übernahmen viel zu unkritisch die Sichtweise der Palästinenser und waren in der Folge weder ausreichend objektiv noch ausgewogen in ihrer Berichterstattung über den israelisch-palästinensischen Konflikt. Ähnlich verhielten sich eine Reihe von internationalen Menschenrechtsgruppen, die manchmal auf einem Auge blind zu sein scheinen, wenn es um Verletzungen der Menschenrechte in der arabischen Welt geht, vorallem in den autonomen Gebieten Palästinas. Und viele Länder der europäischen Union – nur Deutschland bildet hier eine rühmliche Ausnahme – haben nicht immer so viel Verständnis für Israels Sicherheitsbedürfnis aufgebracht, wie sie hätten aufbringen können; zweifellos ist es einfacher, die Situation aus der sicheren Distanz ferner Hauptstädte zu beurteilen.

Was genau soll Israel tun, um seine Bürger zu schützen? Was würden andere Staaten in einer ähnlichen Situation tun?

Diese Frage wird nun beantwortet, da die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten Bin Laden, al-Qaida, die Taliban und möglicherweise einige andere Staaten, die Terrorgruppen unterstützen und beherbergen, zur Rechenschaft ziehen. Angesichts der militärischen Operationen und des diplomatischen, politischen und finanziellen Drucks, der global ausgeübt wird, sieht es nicht so aus, als ob „Zurückhaltung“, „Dialog“, „Kompromiss“ und „Verständnis“ gegenwärtig zum Vokabular Washingtons gegenüber jenen gehören, die uns angreifen – was ja auch nicht angemessen wäre.

Israel gegenüber hat die Weltöffentlichkeit jedoch eine ähnliche militärische Selbstverteidigung gegen den Terrorismus stets verurteilt.

Israel muss nach all seinen politischen und diplomatischen Bemühungen nun tragischerweise feststellen, dass es keinen glaubwürdigen Verhandlungspartner mehr hat. Statt dessen sind seine Bürger zur Zielscheibe von Selbstmordattentätern geworden, die man per Gehirnwäsche glauben macht, dass sie zu Märtyrern auserkoren seien und sie im Paradies sexuelle Erfüllung erwarte.

Trotz wiederholter Bitten und Anfragen, war die palästinensische Autonomiebehörde bisher nicht bereit, jene zu verhaften und einzusperren, die israelische Bürger ermordet haben.

Die Kompetenzbeschränkungen der palästinensischen Polizei, auf die man sich in Oslo geeinigt hatte, werden seit langem überschritten. Es sind gut bewaffnete, aggressive paramilitärische Einheiten entstanden, die bereit sind, gegen Israel zu kämpfen. Mehrere dieser Gruppen, darunter Tanzim und Force 17, unterstehen Arafat direkt.

Hamas und Islamische Djiha, zwei radikale Gruppen auf der amerikanischen Liste terroristischer Vereinigungen, von denen man annimmt, dass sie Verbindungen zu bin Ladens al-Qaida unterhalten, operieren relativ ungestört von den palästinensisch verwalteten Gebieten aus.

Waffenstillstandsabkommen, die mit Israel ausgehandelt wurden, werden regelmäßig von den Palästinensern gebrochen. Ze'ev Schiff, der hochgeachtete Korrespondent für

Verteidigungsfragen der Zeitung Ha'aretz, rechnete letztes Jahr (am 20. Oktober) vor, dass Arafat, 22 Waffenstillstandsabkommen mit König Hussein von Jordanien geschlossen hatte, bevor er vor 30 Jahren des Landes verwiesen wurde, und dass er während des libanesischen Bürgerkriegs mehr als 70 Waffenstillstandsabkommen unterzeichnete.

Eine Erziehung zum Frieden, die so notwendig wäre, um einer neuen Ära in dieser Region den Weg zu bereiten, fehlt in den autonomen Gebieten leider gänzlich. Die Schulen, Medien und Moscheen predigen Hass auf die Juden, verunglimpfen das Judentum, leugnen den Holocaust, dämonisieren Israel und predigen vor allem Gewalt.

Vielleicht werden die tragischen Ereignisse des 11. September der Welt helfen, die Bedrohung zu begreifen, der Israel ausgesetzt ist, und damit auch die Gründe für Israels unnachgiebige Reaktionen.

Ja, sie sind unnachgiebig, aber auch angemessen. In Wahrheit könnte Israel einen viel vernichtenderen Schlag gegen die Palästinenser führen, doch Israels Regierung hat sich, aus einer ganzen Reihe von diplomatischen, politischen, strategischen und humanitären Gründen entschieden, dies nicht zu tun.

Auch wenn Israel militärisch weit überlegen ist, versteht seine Regierung, dass dies kein Konflikt ist, der auf dem Schlachtfeld gewonnen werden kann. Um es einfach zu sagen: Keiner der Kontrahenten wird einfach verschwinden. Dieser Konflikt kann nur am Verhandlungstisch gelöst werden, und zwar nur insofern und sobald die Palästinenser endlich begreifen, dass sie mehr als fünfzig Jahre und viele Gelegenheiten vergeudet haben, ihren eigenen Staat neben Israel aufzubauen – was nicht bedeutet anstelle Israels.

Israel ist eine Demokratie, und denkt und handelt wie eine Demokratie.

Es fällt angesichts der Situation, in der sich Israel befindet, nicht immer leicht, eine demokratische Kultur zu pflegen. Aber während Israel mit der Kritik an seinen angeblich unangemessenen Methoden leben muss, verstehen die Palästinenser, ihrer schrillen Rhetorik zum Trotz, sehr gut, dass es die demokratischen Werte und das demokratische Rechtssystem Israels sind, die die eigentliche Achillesferse des Landes bilden.

Auch wenn sie es nicht öffentlich zugeben, wissen die Palästinenser, dass das demokratische System der israelischen Politik Zurückhaltung auferlegt und Grenzen setzt.

Sie wissen, dass Israel ein Mehrparteiensystem hat und dass diese Parteien sich von einander unterscheiden müssen, um im Zuge freier Wahlen wählbar zu sein. In der Tat repräsentieren die israelischen Parteien das gesamte politische Spektrum - von links-außen bis rechts-außen, von säkularen bis zu religiösen Weltanschauungen, von der russisch-jüdischen bis zur arabischen Identität. Israelische Araber haben derzeit etwa 10 Prozent der Sitze in der Knesset (und einige wenige dieser Parlamentarier haben sich im jetzigen Konflikt deutlich mit Israels Feinden identifiziert).

Sie wissen, dass in Israel die öffentliche Meinung Gewicht hat und die Politik tatsächlich beeinflussen kann; ein Beispiel dafür war die Bürgerbewegung, die erfolgreich die Regierung dazu bewegte, sich aus dem Südlibanon zurückzuziehen.

Sie wissen, dass Israel über eine neugierige, investigative und freie Presse verfügt.

Sie wissen, dass Israel ein unabhängiges Rechtssystem besitzt, das im Leben der Nation einen hoch respektierten Status hat.

Sie wissen, dass Israel über eine ständig wachsende Anzahl von Bürgerrechtsbewegungen und Menschenrechtsorganisationen verfügt, die ihre Objektivität und ihre Unparteilichkeit betonen.

Sie wissen, dass Israel die Freiheit des Glaubens für alle religiösen Gemeinschaften garantiert, dass es sogar so weit gegangen ist, den Juden das Gebet auf dem Tempelberg zu untersagen, einer der heiligsten Stätten des Judentums, um Spannungen mit moslemischen Gläubigen in den beiden Moscheen zu vermeiden, die dort errichtet wurden. Und seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 hat Israel die Oberhoheit über das Areal an den Waqf abgegeben, an die religiöse muslimische Oberinstanz.

Sie wissen, dass Israel die Meinung der Welt ernst nimmt, ganz besonders die amerikanischen und europäischen Reaktionen auf seine Politik.

Sie wissen, dass Israel, das sich den Grundwerten der jüdischen Tradition verpflichtet fühlt und viel Wert auf ethisches und moralisches Handeln legt, selbst wenn es diesem Anspruch nicht immer ganz gerecht werden konnte.

All dies heißt, dass sie wissen, dass Israel sich selbst Zurückhaltung auferlegt, gerade weil es ein demokratischer Staat ist, dessen Regierung der Bevölkerung Rechenschaft schuldet.

Wäre der Nahe Osten doch nur wie der Mittlere Westen!

Wie viel besser wären dann doch die Aussichten für eine friedliche Lösung des Konflikts und für harmonische regionale Zusammenarbeit! Wann hat eine demokratische Nation zuletzt eine andere demokratische Nation militärisch angegriffen? Aber leider ist die Demokratie als solche im Nahen Osten äußerst rar.

Die Palästinenser wissen, wie Assad in Syrien mit islamischen Fundamentalisten umging, er tötete schätzungsweise 10.000 bis 20.000 ihrer Anhänger in Hama und machte die Stadt dem Erdboden gleich – eine unmissverständliche Botschaft an die anderen Fundamentalisten im Land.

Sie wissen, wie Saddam Hussein im Irak mit den Kurden umging, er setzte Giftgas ein, um Tausende von ihnen zu töten und hunderte ihrer Dörfer zu zerstören.

Sie wissen auch, wie schon erwähnt, wie Kuwait auf die Parteinahme der Palästinenser für Saddam Hussein im Golfkrieg reagierte: 300.000 wurden von einem Tag auf den anderen des Landes verwiesen.

Sie wissen, wie Saudi-Arabien auf die jemenitische Unterstützung Saddam Husseins im selben Krieg reagierte. Über Nacht verwies Saudi-Arabien schätzungsweise 600.000 Jemeniten des Landes.

Und sie wissen, wie Ägypten mit seinen eigenen moslemischen Radikalen in den 90er Jahren umging – still und heimlich, ohne dass die Medien davon erfahren hätten. Tausende dieser Radikalen waren innerhalb weniger Jahre entweder nicht mehr am Leben oder saßen im Gefängnis.

Die Palästinenser rechnen fest damit, dass Israel diesen Beispielen niemals folgen würde. Das ist Israels Stärke als Demokratie, aber es zahlt einen hohen Preis dafür. Die Palästinenser sehen hierin einen Vorteil. Doch ist ihnen dabei ein fundamentaler Fehler unterlaufen – sie unterschätzen den Überlebenswillen Israels.

Die Israelis wünschen sich verzweifelt Frieden. Frieden um jeden Preis ist jedoch kein Frieden.

Die Israelis wollen nicht länger Angst vor Bomben in Bussen oder in Einkaufszentren haben. Sie wollen nicht länger ihre Kinder begraben müssen, die Terroranschlägen oder militärischen Auseinandersetzungen zum Opfer gefallen sind. Kurzum, sie alle wollen ein normales Leben führen. Und sie haben bei ihrer Suche nach Frieden immer wieder die Bereitschaft bewiesen, weitreichende – manchmal sogar riskante – Kompromisse einzugehen.

Sie haben allerdings auch aus den schmerzlichen Lektionen der Geschichte gelernt. Frieden ohne Sicherheit kann einem nationalen Selbstmord gleichkommen. Und wer weiß besser als die Bürger Israels – und unter ihnen sind Überlebende des Holocaust, Flüchtlinge aus kommunistischen Ländern und jene, die vor dem arabischen Extremismus flohen –, wie gefährlich es sein kann, zu rasch und allzu bereitwillig in der Wachsamkeit nachzulassen.

Sollen die Israelis wirklich ignorieren, dass Stimmen im Iran und in Irak die Auslöschung Israels fordern, oder dass es in diesen Ländern eine schier unersättliche Gier nach Massenvernichtungswaffen gibt? Soll es die Gastfreundschaft Syriens für Terroristen ignorieren, denen es um die Vernichtung Israels geht? Oder die Kurzstreckenraketen, die das gesamte nördliche Drittel Israels bedrohen, oder jene blutrünstigen Aufrufe zu Selbstmordattentaten gegen Israel, die man in Gaza und auf der Westbank vernimmt?

Diese Welt ist nie besonders freundlich mit jenen umgegangen, die naiv, leichtgläubig oder verblendet waren. Obwohl manche es damals bezweifelt haben: Hitler meinte, was er sagte, als er Mein Kampf schrieb. Saddam Hussein meinte, was er sagte, als er darauf bestand, dass Kuwait eine Provinz des Irak sei, und Osama bin Laden meinte, was er sagte, als er dazu aufrief, so viele Amerikaner wie möglich zu töten.

Israel lebt in einer besonders gefährlichen Umgebung. Um zu überleben, musste es sowohl auf dem Schlachtfeld wie am Verhandlungstisch mutig sein – und es hat beide Prüfungen mit Glanz bestanden. Solange Israel mit den ungelösten Herausforderungen in seiner Region konfrontiert ist, verdient es beides: Verständnis und Unterstützung.